

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 28. Februar 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alleinstehenden Reklamenzettel 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 25

Vorwärtschauen — Rückwärtsblicken

Nicht der Kampf roher Gewalt durch Aberumpfung bringt uns an dieses Ziel (die Zurückdrängung der privatkapitalistischen Wirtschaftsprinzipien), sondern einzig und allein der geistige Kampf, der zur Überzeugung führt.

So zu lesen unter „Gewerkschaftsrevue“ in Nr. 10 des „Korr.“ vom 24. Januar 1922. Nachdem der Artikel in seinem Rückblick auf die hinter uns liegenden Monate die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse klar aufgezeigt und in seinem Ausblick auf die vor uns liegende Zeit die drohenden Verwicklungen nicht nur angedeutet, sondern auch die kommenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit dem Gesichtsfeld des Lesers nähergerückt hat, muß diese Schlussfolgerung wirklich in Erstaunen versetzen.

Die Feuerbehalten und der Ausgang der Kompromißverhandlungen im Reichstage haben es deutlich gezeigt, daß der Kampf mit geistigen Mitteln um die uns so notwendig erscheinende Erfassung der Sachwerte ausschließend ist. Denn wir müssen doch immerhin annehmen, daß auch bei den hier in Betracht kommenden Arbeiterparteien einige Geister ihren Standpunkt zu vertreten wählten. Aber schließlich kann man mit dem Spieß eher die Mauern einrennen, als mit geistigen Argumentationen die bestehenden Schichten von der Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit eines „Nichtbaren Opfers des Lebens“ überzeugen.

Wacht man vielmehr, den als bevorstehend erkannten Kampf um die Herabsetzung der Löhne mit geistigen Kampfsmitteln durchzuführen zu können oder, wenn der Wortschlag die kräftig führenden Unternehmerkumulen gegen den bestehenden Achtstundentag einleitet, diesem mit Überzeugungsgründen wirksam begegnen zu können?

Gibt es für die Notwendigkeit der Erfassung der Sachwerte zwecks Ausgleichs unseres Staatshaushalts und Konsolidierung der Wirtschaft, für die Selbstbehaltung des Achtstundentags und die Gewährleistung ausreichender Arbeiterlöhne, für die soziale Ausgestaltung des Arbeitsrechts, der Schlichtungsordnung, des Arbeitsnachweis- und des Arbeitsvertragsgesetzes usw. usw. überhaupt noch Gründe, die im Verlaufe der verflochtenen Zeit noch nicht vorgebracht wurden? Geredet und geschrieben ist über all diese Dinge nachgerade genug; meines Erachtens schon zu viel. Entweder war das alles schon geistiger Kampf, oder wenn nicht, dann sind wir scheinbar nicht imstande, den nötigen Geist aufzubringen, dann werden wir aber auch durch endlose Wiederholungen die Durchschlagskraft dieser geistigen Kampfsmittel nicht verstärken können.

Sicher aber ist, daß im Laufe des Jahres noch harte politische und wirtschaftliche Kämpfe entbrennen werden wegen der inneren Auswirkung der Erfüllungspolitik der Reichsregierung gegenüber der Entente. Soll es sich auch hier nur um den Deutungskampf im Reichstag, Reichswirtschaftsrat, in den Arbeitsgemeinschaften oder Tarifausschüssen handeln? Es geht doch letzten Endes hier um die wirtschaftliche und politische Macht und nicht nur um Ideen, um Ideale. Wer da warten wollte, bis er den Gegner geistig überwunden, ihn überzeugt hat, der dürfte doch den rechten Moment zur Wahrnehmung seiner eignen Interessen verpassen. Es läßt sich sogar denken, daß der von dem geistigen Wertgehalt unserer Ideale überzeugte Gegner im Kampf um die Erhaltung der Macht nicht dieser Überzeugung, sondern seinem persönlichen oder Klasseninteresse Rechnung tragen würde.

Zwischen dem geistigen Kampfe zur Überzeugung und der Anwendung roher Gewalt haben wir aber noch ein derartig umfangreiches Arsenal von brauchbaren Waffen für unsre Kämpfe, daß man wirklich nicht in Verlegenheit zu kommen braucht bei der Auswahl derselben für die verschiedenen Gelegenheiten. Diese Gegenüberstellung von roher Gewalt und geistigem Kampf zeigt entweder einen Mangel an gewerkschaftlichem Weitblick oder entspringt einer Tendenz, die man gerade im Hinblick auf die in dem Artikel sonst zu findende Kenntnis der schwierigen Lage, in der die Arbeiterchaft sich befindet, nicht vermutet hätte.

Wir müssen doch annehmen, daß der ADGB, bei Aufstellung seiner zehn Forderungen sich darüber klar war, daß diese mit ihrer Auffassung und eingehenden Begründung noch lange nicht durchgeführt werden, daß es dazu anderer Mittel als der rein geistigen bedarf. Aber ebenso sicher dürfen wir annehmen, daß unter diesen „anderen Mitteln“ niemand an „rohe Gewalt durch Aberumpfung“ gedacht hat.

Wenn der ADGB, es ernst gemeint hat mit seinen Forderungen an die Regierung — und das zu bezweifeln liegt kein Anlaß vor —, so wird er das in kürzester Zeit zu beweisen haben.

Bisher war unsre außenpolitische Lage derartig schwankend und von so vielerlei Zufälligkeiten abhängig, daß man die Rücksichtnahme des ADGB, darauf wohl verlassen kann. Die Verhältnisse scheinen sich in dieser Beziehung aber soweit umgestaltet, daß ein letzteres Zugreifen möglich erscheint. Aber weit mehr als diese Möglichkeit erscheint uns die Notwendigkeit des Handelns dadurch gegeben, daß die Auswirkung dieser Verhältnisse innerpolitisch und wirtschaftlich in unerträglicher Weise die Arbeiterchaft zu erdrücken droht und trotzdem noch nicht die Sicherheit gewährt, daß dadurch unsre Lage nach außen gelindert wird. Das Gegenstück dürfte der Fall sein.

Selbst im günstigsten Fall ist das Steuerauskommen aus dem letzten Kompromiß nicht ein derartig hohes, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat. Der Staatshaushalt wird dadurch das erforderliche Gleichgewicht nicht bekommen können. Aber es besteht bei den Kompromißparteien nicht einmal die ehrliche Absicht, dieses Abkommen so durchzuführen, wie es abgeschlossen wurde. Wird man hier mit „geistigen Kampfe zur Überzeugung“ fähren können? Aber rein wirtschaftlich betrachtet, führt auch die ganze Finanz- und Währungs- und Arbeitslosenpolitik unsrer Industriellen Groß- und Kleinunternehmer, die Aufnahme riesiger Kapitalien auf der einen, die Ausgabe von Staatsaktien auf der andern Seite zu Zuständen entgegen, die trotz ihres scheinbaren Aussehens irgendeiner von außen kommenden Erleichterung kaum standhalten dürften. Nicht nur die Lebenshaltung des einzelnen Arbeiters würde dadurch erschwert bis zum äußersten, das ganze Volk, mit Ausnahme der Wucherer und Schieber, die an allem zu verdienen wissen, würde zusammenbrechen unter den schweren Schlägen. Der Staat würde die Wirkungen zu verspüren haben und die außenpolitische Lage dadurch erschwert und unsicher.

Sat die Arbeiterchaft, hat der ADGB, bisher mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage davon Abstand genommen, die Forderungen unter Anwendung von Gewaltsmitteln durchzuführen, so wird der Tag kommen, wo er gerade um die Erhaltung der außenpolitischen Stabilität willen diesen Forderungen Gehör verschaffen muß mit Gewaltmitteln, unter Einsetzung aller ihm zur Verfügung stehenden, in der Arbeiterchaft, in der Arbeit wurzelnden Macht.

Macht und Gewalt! Sind das für den im politischen und gewerkschaftlichen Leben stehenden Mann so harte Worte, daß er sich davor bekehrigen muß? Sat nicht die deutsche Arbeiterchaft einmal gezeitigt, wie man die rohe Gewalt der Kapitalisten durch die Macht des geschlossenen Ausstretens, durch die Gewalt der so friedlichen Arbeitsruhe zu brechen imstande ist? Schematisch sollen solche Mittel sicher nicht von der Arbeiterchaft bei allen Gelegenheiten angewendet werden. Sie lassen sich aber auch in so vielerlei Weise variieren, daß sie durch die wiederholte Anwendung in gleicher Richtung doch nicht an Schärfe verlieren.

Wer sich den Ertrag seiner Arbeit wirklich sichern, wer sich das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß wirklich erringen will, der muß darum zu kämpfen wissen und wenn nötig auch unter Anwendung von Gewalt, unter Ausnutzung seiner ökonomischen Macht!

Frankfurt a. M. Georg Dörband (Berlin).

Vorbeigelesen

Der Verfasser des vorstehenden Artikels hätte der Arbeiterchaft sicherlich besser gedient, wenn er bemerkt geblieben wäre, den Grundgedanken unsrer Gewerkschaftsüberlicht in Nr. 10 durch sachliche Darlegungen zu erweitern und zu vertiefen. Statt dessen verlor er bei der Abfassung seines Artikels nach dem Motto: „Gib mir ein Wort, und ich bringe ihn an den Galgen“. Dabei fiel er obenrein in einen starken Irrtum zum Opfer. Nicht das, was uns Kollege Dörband mit Hilfe einer eigenmächtigen Einschaltung in seinem Motto sagen läßt, sondern das Folgende war in unsrer Gewerkschaftsrevue zu lesen:

Für die Zukunft der deutschen Arbeiterchaft ist es von ausschlaggebender Bedeutung, ob es gelingt, der starken Kapitalmacht eine ebenbürtige Gewerkschaftsorganisation gegenüberzustellen. Die Zurückdrängung der auf nachdem

Profilinteresse beruhenden privatkapitalistischen Wirtschaftsprinzipien ist die wichtigste und schwierigste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung. Noch ist der Kapitalismus nicht überwunden. Nur schrittweise wird das möglich sein, aber auch nur dann, wenn ein sozialistisch-brüderlicher Einheitswille alle Hand- und Kopfarbeiter befeelt. Nicht der Kampf roher Gewalt durch Aberumpfung bringt uns an dieses Ziel, sondern einzig und allein der geistige Kampf, der zur Überzeugung führt!

Nicht die Überwindung des Kapitals durch den geistigen Kampf allein schwebte uns in dieser Schwendung als Ziel vor, sondern vielmehr die auf sozialistisch-brüderlichem Willen aller Hand- und Kopfarbeiter beruhende Einheitsfront. Das dieses hohe Ziel niemals durch Gewalt zu erreichen ist, sondern einzig und allein durch geistigen, aus innerer Überzeugung geführten Kampf, dieser unsrer bestimmten Auffassung wollten wir Ausdruck verleihen. Die Schaffung einer proletarischen Einheitsfront dünkt uns deshalb so wichtig, weil an den Gegenüber innerhalb der Arbeiterchaft der Kampf gegen das Kapital zu zerfallen droht. Um dieselbe Zeit als der Artikel des Kollegen Dörband hier einging, veröffentlichte das Leipziger Gewerkschaftshartell in der Arbeiterpresse eine Erklärung, die sich auf eine gezwungenermaßen verlagte Funktionärerversammlung bezog, zu der sich Anhänger der KPD, mit Gewalt Zutritt verhofft hatten. In jener Erklärung hieß es u. a.: „Die wütenden Prügeln, die von den Eindringlingen an den Saaleingängen provoziert wurden, sind eine Schande für die Leipziger organisierte Arbeiterchaft. Alle, in der Arbeiterbewegung ergrauten Genossen wurden brutal ins Gesicht geschlagen. Bisher übte die Leipziger Arbeiterchaft diese Methode den antisemitischen Radausbeiden. Knüttelung war bis jetzt noch kein Vorbild für sozialistische Arbeiter. . . Wir erwarten von den Gewerkschaftsgenossen, dafür zu sorgen, daß der alte Ruf der Leipziger Arbeiterchaft, eine gesunde und disziplinierte Kampftruppe gegen das Unternehmertum zu sein, nicht verunkelt wird durch Robereien verböhter Gruppen gegen andersdenkende Klassen Genossen.“

Der Leipziger Fall zeigt erneut, wie weit die Arbeiterchaft von dem gegenwärtig erstrebenswerteren Ziel noch entfernt ist. Solange parteipolitisch verbeht und fanatisierte Arbeiter ihre andersdenkende Klassen Genossen aufs wütendste bekämpfen und sogar verprügeln, solange hat es mit der nachdrücklichen Bekämpfung des Kapitalismus noch gute Wege. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, wird jeder objektiv Denkende die „inkriminierte“ Stelle in unsrer vorlesenen Gewerkschaftsrevue logisch und verständlich finden und ihre innere Berechtigung anerkennen.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Bei Konditionsangeboten aus Ostpreußen sind unbedingt vorher Erkundigungen beim dortigen Gauvorstand einzuziehen. Kollegen! Ist strenge Solidarität mit den ostpreussischen Tarifkämpfern!

Dresden. In der Versammlung am 4. Februar referierte Kollege Freitag über die letzte Tarifauschließung. Den Standpunkt der Unternehmer könne man aus der „Zeitschrift“ herauslesen. Die verbotene Vermittlung des Kollegen Schliebs könne man nicht als glücklich bezeichnen. Redner meinte schließlich, daß das neue Lohnabkommen wohl zu wünschen übrig lasse, man sei aber doch auf friedlichem Wege wieder etwas vorwärtsgekommen. Dies würde auch künftig der Fall sein, wenn eine einige Mitgliedschaft geschlossen hinter dem Vorstande stehe. In der Aussprache erklärte man seine Anzuerkennung mit dem Ersuchen, forderte die Gründung einer Handwerkerpartei und wünschte gleichen Lohn für Gebillen und Hilfsarbeiter. Schließlich wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 4. Februar verammelte Dresdener Gebillenschaft hält die neue Feuerungszulage von 60, 50 bzw. 40 Mk. für völlig ungenügend und fordert den Verbandsvorstand auf, das Lohnabkommen für den 15. Februar zu kündigen und den Tarifausschluß sofort zu neuen Verhandlungen einzuberufen.“ Zum Schluß war man damit einverstanden, daß — je nach Steuern — folgende Zuschüsse für Arbeitslose aus dem Fonds für die 50prozentige Überstundenabgabe geleistet werden: 7, 14, 21 und 24,50 Mk.

M. Müllendorf. In der Versammlung am 11. Februar erstattete der Vorlesende Bericht über die letzte

Kreisamtslösung, also von der Gegenseite der Abbau der Industriegebietzulage um zwei Drittel mit aller Macht durchzubringen versucht wurde. Da dies infolge des Widerstandes der Gehilfenvertreter nicht gelang, wollten die Prinzipale nunmehr das Tarifamt um eine Entschädigung in ihrem Sinn ersuchen. In der Aussprache wurde noch einmal die Entschädigung einer vorher abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung unterstrichen, die unbedingt die Ablehnung des Abbaues der Zulage in dieser Zeit der bösen Preissteigerungen ausdrückt und vom Gehilfenvertreter des Kreises II die Einberufung einer Kreisversammlung verlangt, wenn das Tarifamt sich dem Willen der Gegenseite gefällig zeigen sollte, damit dann die Gehilfenchaft über weitere Schritte Beschluß fassen könne. Auch das Ergebnis der Tarifausschublösung wurde recht kritisch unter die Lupe genommen und einstimmig folgender Antrag angenommen: „Die Düsseldorf-Kollegenchaft beauftragt die Feuerungszulage des Tarifausschusses als ungenügend und fordert den Gehilfenvertreter auf, die Abmachungen zum ersten Termin zu kündigen und für eine für die Kollegenchaft wirklich ausreichende Feuerungszulage mit aller Macht einzutreten.“ Erfreuliche Einmütigkeit zeigte die Versammlung in der Frage der Erhöhung des Ortsbeitrags, die der Vorstand zur Ausgleiche des Defizits im Haushaltsplan für das laufende Jahr als notwendig bezeichnete. Ohne Aussprache wurde der Erhöhung um 1,50 Mk. zugestimmt, so daß der Gesamtbetrag sich hier selbst nunmehr auf 12 Mk. bezieht. Als erster Zahlung des erhöhten Beitrags wurde der 18. Februar bestimmt. Der Bericht der Wahlkommission über die Stichwahl für den zweiten Vorsitzenden ergab die Wahl des Kollegen J. Miskaopik. Die Wahl eines Revisors bildete den Schluß der sachlich verlaufenen Versammlung.

L. Frankfurt a. M. Die Bezirksversammlung am 21. Februar beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem zu Ostern hier am Orte stattfindenden Goutage resp. mit Anträgen und Ausstellung von Kandidaten dazu. Zwei Anträge des Bezirksvorstandes wurden ohne Diskussion von der Versammlung einstimmig gutgeheißen, während ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, den Posten des Bezirksvorstandes von dem des Goutageführers zu trennen, eine recht lebhafte Aussprache zeitigte, die die Ablehnung dieses Antrags zur Folge hatte. Die Not der Zeit spiegelte sich so recht in den Ausführungen einzelner Redner zum nächsten Punkte der Tagesordnung: „Einberufung des Tarifausschusses“. Die Ausführungen führten zu nachstehender Entschädigung, die von der Versammlung einstimmig angenommen und an den Verbandsvorstand zur schnellsten Erledigung abgehandelt wurde: „Die am 21. Februar 1922 tagende Bezirksversammlung des Bezirksvereins Frankfurt a. M. fordert den Verbandsvorstand auf, unverzüglich mit dem Tarifamt in Verhandlungen einzutreten wegen sofortiger Einberufung des Tarifausschusses zwecks Ausgleiche erhöhter Feuerungszulagen. Infolge der letztmalig bewilligten, vollständig ungenügenden Feuerungszulagen und der fast jeder Zeit rapidly ansteigenden und noch immer anhaltenden Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, und in Anbetracht der seit dem Kriege dauernden Entlohnung unter dem Existenzminimum ist die Gehilfenchaft in eine Notlage gekommen, der unbedingt abgeholfen werden muß. Die Gehilfenchaft ist in eine verzweifelte Stimmung geraten, die sie zum äußersten treibt. Im Interesse der Erhaltung der Tarifgemeinschaft und des Friedens im Gewerbe wird der Verbandsvorstand deshalb dringend ersucht, unbedingt Schritte zu unternehmen, um der Not der Gehilfenchaft abzuhelfen, damit dieselbe in ihrer Verzweiflung nicht zu Schritten veranlaßt wird, die nachher vom Verbandsvorstand als wilde Unternehmungen bezeichnet und verurteilt werden.“

Frankfurt a. M. (Schriftleiter.) Die Versammlung am 10. Februar nahm den Bericht über die Tarifausschubverhandlungen in Berlin entgegen. Zu einer erregten Debatte kam es bei den angeführten Vorschlägen, die zu der stets steigenden Verteuerung aller Lebenszweige für absolut ungenügend bezeichnet und verurteilt wurden. Unter entschiedenem Protest wurde das Abkommen gegen eine Minderheit von zehn Stimmen abgelehnt. Nach Erledigung von schriftlichen Fragen fand die reger besuchte Versammlung ihr Ende.

Ostfildern (O.-S.). Generalversammlung am 29. Januar. Der Vorsitzende Jarbach bezeichnete das vergangene Jahr als sehr ereignisreich und führte dies besonders auf die Lohnkämpfe zurück. Nach sachlicher Erledigung der weiteren Tagesordnung wurde unter „Verschiedenem“ folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 29. Januar d. J. tagende Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Ortsverein Ostfildern, erachtet die bei den letzten Tarifverhandlungen bewilligte Lohnzulage als völlig unzureichend. Während die bewilligte Erhöhung kaum 10 Proz. unseres jetzigen Lohnes beträgt, sind sämtliche Lebensmittel und Bedarfsartikel bis zu 100 Proz. im Preise gestiegen. Wir fordern unsere maßgebenden Instanzen bzw. unsere Gehilfenvertreter auf, sofort mit dem zuständigen Kreisamt in Verhandlungen zu treten betreffs Bewilligung einer Sonderzulage für das besetzte oberste Gebiet, da die Lebensverhältnisse hier fast unbalancierbar sind. In Zukunft fordern wir von unsern Gehilfenvertretern, sich mit aller Energie dafür einzusetzen, daß unsere Löhne den tatsächlichen Verhältnissen angepasst werden, damit die Gehilfenchaft nicht vollständig der Verelendung preisgegeben wird. Des weiteren fordern wir, daß bei den nächsten Verhandlungen mit der vollkommen ungeräten Stafflung der Lohnzulage zwischen Redigen und Werbeleitern im Interesse eines friedlichen Zusammenarbeitens innerhalb unsres Verbandes ein Ende gemacht wird.“

Hagen i. Westf. Die Hauptversammlung des Bezirksvereins Hagen tagte am 29. Januar am Bezirksvorort. Daß infolge der hohen Kosten die auswärtigen Kollegen nicht mehr so zahlreich erschienen, ist verständlich; daß aber der Bezirksvorort mit der höchsten Uswelienheitsziffer glänzte, rief allgemeines Bestreben hervor. Die Versammlung zeigte pulsierendes Leben, dabei strengste Sachlichkeit in der Diskussion. Den Jahresbericht gab kurz und knapp Vorsitzender Lorenz. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes, mit Ausnahme eines Beisetzers. Daß bei den Novemberverhandlungen des Tarifausschusses der Prinzipalsantrag auf Erhöhung der Beihilfingskassa in die Zugkraft fiel, hat einen Teil der Prinzipale und Prinzipalchen unsres Bezirks aufgebracht und sie auf den Plan gerufen zur restlosen Ausnutzung der Beihilfingskassa. Die Versammlung war sich klar darüber, daß es nicht in unserm Interesse liegt, unsern Beruf mit einer dinesischen Mauer zu umgeben. Ein sehr großes Interesse aber haben wir daran, Elemente vom Berufe fernzubalancen, die den Anforderungen nicht gewachsen sind, und die ihm nach beendeter Lehrzeit freiwillig oder unwillkürlich wieder den Rücken kehren müssen. Daß also die Einstellung der Beihilfings nach den Bestimmungen der Beihilfingsordnung erfolgt. Das Ergebnis der Tarifausschublösung vom 24. Januar gab Veranlassung zu einer längeren Aussprache. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß durch die Zulage die eingetretene und noch zu erwartende Steigerung der Preise für die notwendigsten Bedarfsartikel nicht ausgeglichen wurde. Von den maßgebenden Instanzen wurde erwartet, daß sie in aller Eile eine Neuordnung der Bezüge zu erreichen suchen. Als Tagungsort der nächsten Bezirksversammlung wurde Menna gewählt.

Sellbronn. Bei guter Beteiligung der Mitgliedschaft, eingeleitet durch den Vortrag eines patenden Freiheitsliedes des Gesangsvereins „Gutenbergs“, vollzog sich unsere diesjährige Generalversammlung am 18. Februar. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Aus dem Jahresbericht des Vorstehenden ging hervor, daß mehr wie je unreine wirtschaftliche Lage unbalancierbar ist. Die erhaltenen Lohnzulagen brachten bisher keinen genügenden Ausgleich. Das Ortsvereinsleben selbst hat sich in normalen Bahnen bewegt. Der Verfallungsbesuch dürfte besser werden. Die Versammlung genehmigte hierauf folgende Entschädigung: „Die Generalversammlung der Mittelschicht Sellbronn bringt ihre Anzufriedenheit über den letzten Lohnausgleich zum Ausdruck. Die Generalversammlung erwartet, daß der Verbandsvorstand ungesäumt Maßnahmen ergreift, welche die Lage der Gehilfen verbessern. Weiter fordert die Generalversammlung, daß endlich für Sellbronn der Lokalzuschlag so geregelt wird, wie er den wirtschaftlichen Verhältnissen der Stadt entspricht.“ Die Neuwahlen brachten keine große Veränderungen. Nur der Vorsitzende Dr. Reinhardt trat wegen sonstiger Arbeitsüberbürdung zurück. Die Versammlung dankte dem Scheidenden für seine, dem Ortsvereine geleisteten Dienste. An Stelle des ausgeschiedenen wurde Kollege Otto Heinrich gewählt. Ein Antrag des Gesangsvereins „Gutenbergs“, als Gesangsabteilung des Ortsvereins angeschlossen zu werden, fand nach lebhafter Debatte Annahme. Demzufolge muß der Ortsvereinsbeitrag auf 1,50 Mk. erhöht werden. Mit dem Wunsch, unter der neuen Leitung zum Wohle der Organisation den Geist der Kollegialität hochzubalancen, wurde die Generalversammlung geschlossen.

Südwestheim. In unserer Generalversammlung am 31. Januar wurde nach dem Jahresbericht des Vorstehenden, in welchem er alle wichtigen Ereignisse Revue passieren ließ, der alte Vorstand wiedergewählt. Wegen des schlechten Besuchs früherer Versammlungen wurde eine Bestimmung im Statut aufgenommen, nach welcher bei außerordentlichen Versammlungen jedes Mitglied verpflichtet ist, bei Vermeidung einer Strafe von 5 Mk., zu erscheinen. Die Gründung einer Wohlfahrtskassa, aus welcher Kollegen bei Sterbefällen in der Familie eine namhafte Unterstützung erhalten sollen, wurde beschlossen. Die Beiträge zu dieser Kasse sollen im Umlageverfahren erhoben werden. Eine längere Aussprache zeitigte das Resultat der letzten Tarifausschublösung. Es wurde die Fähigkeit unsrer Vertreter dankbar anerkannt; da jedoch in der letzten Zeit hier alles wahnähnlich im Preise steigt, so daß von einem Ausgleich schon gar nicht mehr die Rede sein kann, wurde gewünscht, daß das Abkommen zum nächsten Termin wieder gekündigt wird. Die neue Beihilfingsabteilung entwickelte sich nach dem Bericht ihres Vorstehenden sehr gut.

Stimmkassau. In unrer Versammlung am 19. Februar, in welcher auch Kollegen von Weiden vertreten waren, erstattete Goutageführer Dertel (Chemnitz) Bericht über die letzte Tarifausschublösung in Leipzig. Er schilderte eingehend und sichtenlos den Verhandlungsgang und die Schwierigkeiten, die sich dem neuen Lohnabkommen entgegenstellten. Anschließend erwähnte er die Kollegen, sich recht eifrig mit den bestehenden Arbeiterrechtsgelehrten vertraut zu machen, um vor unvorhergesehenen Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis geschützt zu sein. Den allgemein beschriebenen Ausführungen folgte lebhafter Beifall. In der Aussprache wurde schärfster Protest gegen die Verschleppungspolitik in der Regelung der Lokalzuschläge nach dem neuen Ortsklassenverzeichnis erhoben. Die Kollegenchaft hält an dem bisherigen System fest, da es immer noch die gerechteste Ausgleichung an die unterschiedlichen Feuerungsverhältnisse bildete. Ferner gingen die einzelnen Redner darin ein, daß das Lohnabkommen unbedingt zum 1. März gekündigt werden müsse infolge der alles Dagewesene übersteigenden und weiter fortschreitenden Verteuerung. Unter „Verschiedenem“ nahm der über die beiden am Orte befindlichen Tagesstellungen vom sozialistischen Stadterordnetenkollegium verfasste wirtschaftliche Boshoff, demzufolge die

betroffenen Betriebe Entlassungen vornehmen müssen, einen breiten Raum ein. Betriebsratsfragen und -wahlen bildeten den Schluß der bewegten verlaufenen Versammlung.

Mindesheim. In unrer Versammlung vom 21. Februar nahm nach Erledigung innerer Angelegenheiten auch Stellung zur nächsten Tarifausschublösung. Nach lebhafter Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die versammelten Kollegen nehmen mit Entschädigung davon Kenntnis, daß die Provinzprinzipalität bei Tarifverhandlungen den Anschein zu erwecken sucht, als würden Lohnforderungen nur von den Gehilfenvertretern und den Großstadtkollegen gestellt, während die Provinzialkollegen eine Überführung der Löhne nicht wünschen. Wir Provinzialkollegen leiden genau so unter der fortwährenden Verteuerung wie die Kollegen der Großstadt und treten daher mit gleicher Energie für eine Verbesserung unsrer Lebenshaltung ein. Das Vorgehen der Provinzprinzipalität muß als ganz absurd bezeichnet werden. Es dürfte wohl den Provinzialkollegen die Augen öffnen, wohin die Reise gehen soll. Den Provinzialkollegen auf Seiten der Prinzipale muß aufs schärfste entgegengetreten werden. Wir erwarten von der kommenden Tarifausschublösung, daß sie in erster Linie den Forderungen der Provinzialkollegen Rechnung trägt.“

München. (Ortsverein.) Die Versammlung am 19. Januar nahm den vom Kollegen Strauß erstatteten Bericht über die Sitzungen des Gewerkschaftsvereins entgegen, woran sich eine unwesentliche Aussprache angeschlossen, worauf zur Tarifausschublösung in Leipzig Stellung genommen wurde. Einstimmig wurde eine Entschädigung an den Tarifausschub angenommen, die angesichts der von Tag zu Tag steigenden Verteuerung aller Lebensmittel in München, veranlaßt durch Aufkauf aller erreichbaren Vorräte für den Fremdenzuzug zur Deutschen Gewerkschaft und zu den Oberammergauer Passionspielen, für die Sommermonate einen zehnprozentigen Zuschlag auf den Gesamtlohn in München forderte. Dann behandelte in längerem Vortrage Kollege Söldner die zehn Forderungen des OGB, nach ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung. In den OGB, wurde auf einstimmigen Beschluß folgende Entschädigung abgehandelt: „Die Buchdruckergehilfen Münchens haben zu den zehn Forderungen des OGB, und des Ma-Bundes Stellung genommen und stimmen dem dort festgelegten vollen zu. Ein barres, zähes Ringen mit den kapitalistischen Kräften wird, soll das Geforderte Wirklichkeit werden, einsehen, und nur Disziplin und einmütiges geschlossenes Handeln wird uns den Weg zum Erfolg bahnen. Die Versammelten halten es als ihre Pflicht, in diesem Sinne zu wirken. Die Durchführung des in den Forderungen niedergelegten ist aber nur dann möglich, wenn die Kräfte aller proletarischen Organisationen zu zielbewusster Arbeit zusammengefaßt werden. Wir erwarten von der Spitze des OGB, und des Ma-Bundes und den Arbeitervertretern in den Parlamenten, daß sie nichts unversucht lassen, dieses Ziel zu erreichen.“ In einem Vortrag über Ortskrankenkassenfragen schilderte in der gleichen Versammlung Kollege Böhm das Ergebnis der Ausschub- und Vorstandswahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse München-Stadt, deren Kassenstand, die gestellten Anträge zur Erhöhung des Krankengeldes und deren Behandlung sowie das Bestreben der Innungen, ihren Gründung eigener Kassen von der Allgemeinen Ortskrankenkasse loszukommen, weil ihnen die erstellten Verbesserungen nicht passen, da natürlich eine Beitragserhöhung notwendig war. — In der Versammlung am 2. Februar gab der Gehilfenvertreter Hemmerich einen das Beschlußprotokoll ergänzenden Bericht über die Tarifausschublösung in Leipzig, in welchem er u. a. die Lage im Gewerbe und das gewerbliche Wirtschaftsleben im allgemeinen streifte und betonte, daß die Gehilfenvertreter alles versucht hätten, um den Forderungen der Gehilfenchaft Rechnung zu tragen. In der Aussprache wurde betont, daß das Erreichte lange nicht die neuerdings eingetretene und in der nächsten Zeit zu erwartende Verteuerung aller Nahrungsmittel und Bedarfsartikel weismache, zumal die berechtigten Wünsche Münchens wegen einer Sonderzulage während der Dauer der Deutschen Gewerkschaft und der Oberammergauer Passionsspiele nicht anerkannt wurden; ebenfalls nicht verstanden wurde, daß wieder der große Apparat in Bewegung gesetzt werden mußte, um die geringen Zugeständnisse zu erzielen. Um dem ewigen Kreislaufe der unzureichenden Lohnerhöhungen und der immer steigenden Verteuerung alles zum Leben notwendigen Einhalt zu gebieten, mußten sich endlich einmal alle politischen, gewerkschaftlichen und kapitalistischen Korporationen zur Abwehr zusammenfinden, wenn nicht der völlige Zusammenbruch kommen soll. Eine längere Aussprache schloß sich an einen Antrag der Arbeitslosen an, der verlangte, daß die Unterstützungen aus Verbands- und Ortskassen ganz bedeutend erhöht werden müssen, damit die Erwerbslosen wenigstens notdürftig leben könnten. Der Antrag wurde schließlich einstimmig abgelehnt, weil er, so wie er gestellt war, sich als undurchführbar erwies, und mit dem Bemerkten, daß in dieser Frage wohl die Verbandsgeneralversammlung entsprechende Abhilfe schaffen werde.

München. (Bezirksratsmannenvereiner.) In unrer gutbesuchten Vereinsversammlung am 30. Januar streifte Kollege Fellner die zahlreich eingelaufenen Neujahrswünsche, verlas dann das Antwortschreiben der Zentralkommission, in welchem die Mitteilung gemacht wurde, daß erfreulicherweise Kollege Altermann unsre Generalversammlung am 5. März besuchen und dieselbe mit einem Referat aufwarten werde. Ferner wurden noch einige interne Fragen erledigt. Anschließend folgte ein Vortrag des Gewerkschafters Sommer: „Neuheiten in der Farbenlehre (Schwartz)“. Referent verstand es vorzüglich, uns Drucker an der Hand der selbstangefertigten

Farbstoffen in das Gebiet der Farbenlehre einzuführen und gab auch praktische Fingerzeige. Man konnte aus diesem Vortrage, der für uns Buchdrucker sehr anpassend und aufnahmefähig gestaltet war, erkennen, daß bei der kommenden Anbahnung der Ostwaldschen Lehre auch für unser Gewerbe mit der Zeit eine Reform geschaffen wird, die uns das Arbeiten speziell mit bunten Farben erleichtern dürfte. Herrn Sommer wurde für seinen ausgezeichneten Vortrag reichlicher Beifall gezollt.

München. (Schlesische Vereinigung der Schriftgießer, Stereotypenreue und Galvanoplastiker Münchens.) Am 29. Januar hielt unsere Vereinigung ihre ordentliche Generalversammlung ab. Nach Erledigung der Vereinsmitteilungen gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Darin interessierten die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Fachschule für Stereotypenlehre, welche voraussichtlich erst zu einem guten Ende führen werden. Zu dem neuer stattfindenden 25. Gründungsfeste veranstaltete der Verein einen Wettbewerb für die Vereinsmitglieder zur Erlangung einer zweifarbigen, in drei getrennten Eintrichtskarte. Nach Erledigung einiger Anträge wurde der Gesamtvorstand für das laufende Vereinsjahr wieder einstimmig gewählt. Als Vorsitzender fungiert nun Kollege August Saban, Albrechtstraße 22 II, als Kassierer Kollege H. Gräff. Dem während des vergangenen Jahres ausgeschiedenen ersten Vorsitzenden Hans Brudner sei für seine aufopferungsvolle Tätigkeit auch an dieser Stelle gedankt. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

H. Opladen. Ihre Generalversammlung, die mittelmäßig besucht war, fand am 22. Januar statt. Vorsitzender Hiltz erstattete den Jahresbericht. Er bot damit ein klares, übersichtliches Bild von den Ereignissen des vergangenen Jahres sowohl auf gewerkschaftlichem Gebiet als auch von denen organisatorischer und tariflicher Natur. Die Monatsversammlungen und die zwei außerordentlichen Versammlungen waren im Durchschnitt gut besucht. Es wäre aber trotzdem zu wünschen, daß die jüngeren und andre saumeligen Kollegen sich ihrer Pflicht als Verbandsmitglieder besser bewußt würden. Die Mitgliederzahl ist um 14 zurückgegangen; zwei Mitglieder aus Zurückweichung sind es vor, dem Verbands den Rücken zu drehen, und mit diesen beiden Feldern zugleich trat ihr Prinzipal aus der Kartellgemeinschaft aus. Eine Beschwerde beim Gauvorstand in Aßeln wurde eingereicht und Klage geführt über die absichtliche Verschleppungssache der Prinzipale bei Schiedsgerichtsverhandlungen. Der Kartellbeitrag wurde von 50 Pf. auf 1 Mk. pro Mitglied und Monat erhöht. Den Klassenbericht erstattete Kollege Blatt. Nach erfolgter Prüfung der Kassengeschäfte durch die Revisoren erteilte man dem Kassierer Entlastung. Bei der nun folgenden Neuwahl des Vorstandes setzte eine lebhaftere Debatte ein; nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, daß er eine Wiederwahl aus gebotenen Gründen ablehnen müsse. Was weiterer-erregter Debatte legten auch die übrigen Vorstandsmitglieder ihre Ämter nieder. Auf das Drängen der Mitglieder und nach Auslösung eines Vertrauensvotums entschlossen sich die Vorstandsmitglieder dann doch, auf ihrem Posten zu verbleiben. Auch der Kartelldelegierte wurde wiedergewählt.

Pirmasens. Die Generalversammlung des Bezirks fand am 29. Januar hier statt. Es waren Kollegen von Pirmasens, Zweibrücken, Waldsiedbach und Rodalben erschienen. Der Jahresbericht des Bezirksvorsitzenden Böhm gab ein Spiegelbild des bewegten abgelaufenen Jahres; es konnte aber mit Genugtuung festgestellt werden, daß ein Stück guter Gewerkschaftsarbeit geleistet wurde. Der bisher zum Bezirk gehörige Drucker Hansburg (Wala) wurde mit Ablauf des dritten Quartals dem nunmehrigen Gau Saargebiet angegliedert. Eine längere Debatte löste das tarifwidrige Gebaren des Buchdruckerleiters Kranzbühler in Zweibrücken aus; dieser sucht in allen Fachblättern Gehilfen, denen gleichzeitig Ausbildung an der Sehmachine versprochen wird. Bei Engagement werden dann die hierauf hereinfallenden Kollegen „probeweise“ (!) eingestellt, um nach 8—14 Tagen, ohne vorherige Kündigung, wieder auf die Straße gesetzt zu werden. (Vor etwaiger Arbeitsannahme bei dieser Firma ist unbedingt bei der zuständigen Stelle Erkundigung einzuziehen.) Bei der Neuwahl wurde der geschäftsführende Vorstand per Wahlamt wiedergewählt; als Beisitzer fungieren wieder zwei Kollegen von Zweibrücken. Von der Verbandsgeneralversammlung soll durch entsprechenden Antrag eine Erhöhung sämtlicher Unterhaltungsbeiträge verlangt werden. Das magere Ergebnis der Tarifabschlussprüfung konnte vom Vorsitzenden mitgeteilt werden. Da voraussichtlich im Februar eine Kreisversammlung stattfindet, wird von unsern Vertretern dortselbst erwartet, daß sich dieselben sowohl für eine Erhöhung der Lohnzulage, als auch eine entsprechende Neuregelung der Lohnzulage einsehen. In seinem Schlußwort richtete Kollege Böhm den dringenden Appell an die Mitglieder, den Vorstand durch bessere Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Pflichten in seiner Arbeit zu unterstützen.

Regensburg. In der Versammlung vom 30. Januar erstattete unser Gauvorsitzer und Beisitzervertreter Semmerich (München) Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses vom 24. bis 26. Januar in Leipzig. In etwa einstündiger Rede gab der Referent ein Bild über den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen. In der Diskussion wurde das Ergebnis als zu minimal bezeichnet, das in keinem Verhältnis zu der bereits eingetretene Teuerung sei und der am 15. Februar eintretenden Brotpreiserhöhung von 1,90 auf 3,40 Mk. keine Rechnung trage. Leider mußte infolge der Verhältnisse dem Abkommen zugestimmt werden, aber gleichgültig wurde dem Ausdruck gebracht, daß man mehr Verständnis auf

Prinzipalsseite für die Not der Beihilfenschaft erwartet hätte. Die durch eine elende Lebenshaltung nieder-gebrückte Arbeitererschaft könne dadurch zu keiner wahren Arbeitsfreudigkeit kommen, ist es doch mit den jetzigen Löhnen unmöglich, irgendetwelche Anschaffungen, und seien es auch nur die notwendigsten, zu machen. Den Beihilfensvertreter wurde der Dank für ihre Mithatung ausgesprochen. Leider war auch bei dieser Versammlung der Besuch ein schlechter zu nennen, was in Anbetracht der auswärtigen Referenten den Vorstehenden zu scharfen Worten bei Beginn der Versammlung veranlaßte.

Reutlingen. Am 21. Januar tagte unsere ordentliche Generalversammlung. Kassierer und Vertrauensmann P. Müller gab einen ausführlichen Rückblick über das verlossene Jahr, dem zu entnehmen war, daß das Verbandsleben am Platze sich sehr regte gestaltete. Der Ortsverein zählt zur Zeit über 100 Mitglieder. Eine vierstimmige Lehrlingsabteilung ist vorhanden, die selbst am Fachmischkursus der Graphischen Vereinigung teilnimmt. Im Bezirk hat sich eine Freie Faktorenvereinigung gebildet. Auf verschiedene Veranlassungen kann der Ortsverein mit Stolz zurückblicken. Besondere Verdienste auf tariflichem Gebiete waren nicht zu verzeichnen, doch ist besonders in einigen Bezirksorten noch viel über Lehrlingszucht und Schmutzhonkurrenz zu klagen. Die Jahresgesamteinnahmen betragen 43810 Mk., davon 12000 Mk. Ausgaben gegenüberstehen. Der Geschäftsgang kann im allgemeinen als gut bezeichnet werden. Im September und Oktober gelang es, sämtliche Arbeitslose am Platze unterzubringen. Bei der Verteilung der Rückvergütung war die Veranlassung einmütig der Ansicht, daß 3 Proz. nicht genügen. Ein Antrag an die Leipziger Generalversammlung, dieselbe auf 5 Proz. zu erhöhen, fand deshalb einstimmige Annahme. Welter wurde ein Antrag angenommen, daß diejenigen Orte, die durch die neue Ortsklasseneinteilung in eine höhere Klasse eingestuft sind, sofort den erhöhten Lohnzuschlag erhalten sollen. Gehilfenvertreter und Verbandsvorsitzender sollen deshalb beim Tarifamt vorstellig werden; ebenso wegen Veränderung von § 6 des Tarifs. Die Sitzungsgelder wurden durchweg erhöht; Deckung soll durch jährlich um 4 Mk. erhöhten Ortsbeitrag geschaffen werden. Die Wahlen ergaben in der Hauptsache die frühere Zusammensetzung des Ausschusses. Die zahlreich erschienenen Kollegen waren von der anregend verlaufenen Versammlung vollst. befriedigt.

Straubing. Nach dem Jahresbericht, der in der Generalversammlung am 21. Januar gegeben wurde, sind die tariflichen Verhältnisse hier als gute zu bezeichnen, wie auch sämtliche hiesigen Buchdrucker, bis auf zwei, die wegen ihres hohen Alters nicht mehr in Betracht kommen, dem Verbands angehörend; ebenso gehören auch sämtliche Lehrlinge (?) unserer Lehrlingsabteilung an. Das Vereins- und das Organisationsleben ist reg. Die gutbestellte Bibliothek wird eifrig benutzt, Gehilfen von der Stundungsbücherei, wie auch die veranstalteten Kurse und Wettbewerbe sind einer zahlreichen Teilnahme, namentlich von den Jungbuchdruckern, zu erfreuen gewesen. Innerhalb des Ortskreises des WGB, entsfallen unsere Delegierten eine sehr rege Tätigkeit. Sämtliche Versammlungen waren gut besucht, ganz besonders von den alten Kollegen. Der alte Ausschuss wurde wieder bestellt, wie auch beschlossen wurde, auch im neuen Jahre durchreisenden Kollegen eine Schlafmarke auszubändigen, welche bei unserm Kassierer Krempf empfangen werden kann.

Stuttgart. (Schriftgießer.) In der am 24. Januar abgehaltenen Generalversammlung wurden unter Punkt 1 der Tagesordnung die eingegangenen Schreiben erledigt. Aus dem Berichte des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß ein arbeitsreiches Jahr hinter uns liegt. Beim Punkte „Neuwahl des Vorstandes“ konnten alle Funktionen wiederergewonnen werden. Mit dem Wunsch, im neuen Jahre wieder fest zur Sparte zu halten, schloß der Vorsitzende Billig die zahlreich besuchte Versammlung.

m. Tiffel. Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung statt. In kurzen Ausführungen gab Vorsitzender Szage einen Rückblick auf das verlossene Jahr, das reich war an Arbeit und Streben. Wir durften es leider nicht in Frieden vollbringen, da wir durch Maßnahmen unserer Prinzipalität gezwungen wurden, für unser gutes Recht in den Kampf zu treten. Die tatkräftige und moralische Unterstützung des Vorstandes und der Kollegenchaft hat mitgeholfen, den Kampf zum segnerischen Ende zu führen. Der Veranlassungsbefehl war durchaus auf, in der Kampfzeit ständig vollzählig. Der Gesamtvorstand wurde wiedergewählt. Nach Erledigung einiger brillanter Anträge wurde noch die Gründung einer Hilfskasse mit 1/2 prozentigem Beitrage vom Lohne beschlossen.

Zübingen. Unsere auf den 21. Januar einberufene Hauptversammlung erfreute sich eines zahlreichen Besuchs. Der Vertrauensmann gab in kurzen Zügen einen Rückblick auf das abgelaufene Jahr, bei dem er das gute Einvernehmen zwischen Gauvorstand und Ortsverein beührend hervorhob. Trotzdem die Zahl der Versammlungen eine geringe war, ist durchweg schlechter Besuch derselben zu verzeichnen gewesen; wobei wohl der Sporn eine bedeutende Rolle mitspielt. In Neureuungen verdient erwähnt zu werden die im März durch brillante Verhandlungen mit den Prinzipalen erzielte Erhöhung des Lohnzuschlags von 10 auf 12 1/2 Proz., bezoglichen die Einkategorie einer Blaukummelklasse, aus der jeder Durchreisende 15 Mk. ausgeschüttet bekommt. Die zungunsten der Außenhilfe und für Dypau veranfaltete Sammlung zeigte ein schönes Resultat und auch die an die Kranken und Invaliden zu Weihnachten überreichte Gabe von 200 und 100 Mk. sowie eine solche im Betrage von 150 Mk. an

die Topographische Gesellschaft zur Weiterbildung der Lehrlinge soll hier nicht unerwähnt bleiben. Die sich an den Klassen- und Kartellbericht (welch ersterer einen Betrag von 649 Mk. aufweist) anschließende Neuwahl ergab einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes, außer einem Beisitzer, der eine Wiederwahl ablehnte. Die tariflichen Verhältnisse am Platze sind normale. Die zu Anfang des Jahres eingetretene Laubst im Gewerbe besserte sich im Laufe des Sommers, was zur Folge hatte, daß sämtliche arbeitslosen Kollegen am Orte wieder reiflos untergebracht werden konnten. Eine Eingabe um eine einmalige Wirtschaftsbellei an die Prinzipale hatte bis heute leider noch nicht den gewünschten Erfolg. Der am Platze bestehenden Lehrlingsabteilung gehören zur Zeit 16 Lehrlinge an; die Beihilfungen derselben an den von der Topographischen Gesellschaft eingeleiteten Kursen und Bruchschulausstellungen war eine rege; es wurde durch die im letzten Jahre gegebenen Beihilfenausgaben zur Gehilfenprüfung bei den letzteren ein gutes Resultat erzielt.

Verden (Aller). Am 29. Januar fand hier die Bezirksversammlung des Bezirks Aller-Wefer statt, die aus den Orten Achim, Brinkum, Sona, Mienburg, Rotenburg, Sphe, Wilsbühvede, Verden und Walsrode besucht war. Von 92 Kollegen waren 60 erschienen. Der Bericht des Vorsitzenden ergab ein erfreuliches Fortschreiten des Verbandsgedankens und der tariflichen Verhältnisse im Bezirk; das gleiche berichteten die Vertrauensleute der einzelnen Orte. Das Verbalten einzelner stauer Kollegen wurde scharf verurteilt. Unser Gauvorsitzer F. Scherp (Bremen) berichtete Johann über die zuvor geführten Verhandlungen in Leipzig. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschüssen einverstanden und sprach den Beihilfensvertretern Dank aus. Die übrigen Tagesordnungspunkte der äußerst anregend verlaufenen Versammlung wurden verhältnismäßig glatt erledigt; der alte Vorstand wurde wiedergewählt. Der Bezirkskollege wurde auf 1 Mk. wöchentlich erhöht, um die Bezirkskollegen möglichst oft zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen und Aufklärung zu schaffen. Außerdem wurde beschlossen, noch vor Ostern eine Bezirkslehrlingsversammlung einzuberufen.

Würgburg. Vor einer sehr zahlreich erschienenen Kollegenchaft erstattete Gauvorsitzer Semmerich am 27. Januar Bericht über die letzte Tarifabschlussprüfung. In eingehendster Weise schilderte er den Verlauf der Verhandlungen. Er sah keine Ausführungen dazu zusammen, daß es uns auch diesmal gelungen sei, einen Schritt vorwärts zu kommen. Die sich an das Referat anschließende Debatte war eine sehr ausgeblagte. Sämtliche Redner waren aber der Ansicht, daß das Resultat der Verhandlungen nicht den sicher zu erwartenden teuren Zeiten entspreche, denn der Brotpreiserhöhung würde auch eine solche der andern Lebensmittel folgen. Diesen pessimistischen Anschauungen trat der Referent mit dem Bemerkung entgegen, wenn sich unsere Lebensverhältnisse wirklich so gestalten sollten, sich schon Wege zur Ausgleichung finden würden. — In der sich an diese Versammlung anschließenden ordentlichen Hauptversammlung ist aus dem Jahresberichte des Vorsitzenden Schupmacher zu ersehen, daß der Geschäftsgang im ganzen Jahre ein schleppender war. Die ganze Arbeit in den Sitzungen und Versammlungen wurde mit den Lohnbewegungen ausgefüllt, es blieb keine Zeit zu eigentlicher gewerkschaftlicher Erziehungsarbeit übrig. Die Vorstandschaft fand rege Unterstützung durch die Sparten und den Bildungsverband, und das kollegiale Leben eine Neubelebung durch den rührigen Gelangverein. Die tariflichen Verhältnisse am Ort und Bezirk sind — wo unsere Mitglieder vertreten — gute. Auch der jüngste Sproh unserer Organisation, die Lehrlingsabteilung, hat eine rege und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Die Wahl der alten Vorstandschaft erfolgte einstimmig, mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden, der aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten. Aus dem Kartellbericht ist folgender Fall von allgemeinem Interesse: Bei den im Vorjahr abgehaltenen Ortskrankenheftwahlen errangen die freien Gewerkschaften 19 Sitze, die christlichen 11 (früher 15 zu 15). Bei den Vorstandswahlen verlangten die freien Gewerkschaftsvertreter als stärkste Gruppe auch eine entsprechende Vertretung in der Vorstandschaft. Was tateten aber die christlichen „Arbeiter“vertreter, um ihre bisherigen Sitze beizubehalten? Diese „Arbeiter“, die sonst über den angeblichen Fehler der freien Gewerkschaften die Spalten der bürgerlichen Blätter füllten, verbanden sich hinterücks mit den Unternehmern und bereiteten dadurch eine Vertretung der freien Gewerkschaften im engeren Vorstand. Ja, sie wählten sich sogar selber; im Gegensaße zu den Unternehmern, die bei ihrer Wahl einen weißen Fetzel abgaben. Es gibt doch sonderbare Käuze unter den christlichen „Arbeiter“führern!

Selb. In einer außerordentlichen Versammlung am 22. Februar wurde folgende Entschlußung gefaßt: „Aus Anlaß der neuerdings plötzlich enorm in die Höhe schwellenden Preise für alles zum Leben Nötige fordert die Mitgliederzahl sehr zum Verbandsvorstand und den Beihilfensvertretern, das jetzt gültige Lohnabkommen zum 1. März zu kündigen. Wir verwellen darauf, daß die meisten Nahrungsmittel bereits das 20. bis 40fache des Friedenspreises kosten, während unser Lohn im höchsten Falle das 17fache des Friedenslohns ausmacht. An Anschaffung von Kleidung, Wäsche usw. ist unter den heutigen Umständen auf keinen Fall zu denken. Andre Arbeiterkategorien haben in den letzten 14 Tagen ganz beträchtliche Lohnzulagen herausgeschlagen. Die Versammlung sieht eine Zulage von mindestens 100 Mk. wöchentlich als das an, was notwendig ist, die fringhafte Erhöhung nur einigermassen auszugleichen und fordert von den Beihilfensvertretern, daß sie bei dem einmal Geforderten un-

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Verleger: Dr. H. W. Schmidt, Leipzig, Postfach 1000

Beilage zu Nr. 25 — Leipzig, den 28. Februar 1922

Abbestellungsfrist: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Gewerkschaftsrevue

Nun haben wir auch in Deutschland den ersten großen Beamtenstreik aufzuweisen. Der Kampf der Eisenbahner am 1. Februar d. J. brachte den Eisenbahnbetrieb im größten Teile des Reiches zum Stillstande. Verkehr und Güterauswachs im Wirtschaftsleben wurden plötzlich unterbrochen, und für unsere gesamte Volksgemeinschaft trat eine schwere Katastrophe ein. Am empfindlichsten wurden die Arbeiter davon betroffen, denn sie sind ja gezwungen, einen Schadenausgleich, der die Gesamtheit belastet, sich buchstäblich vom Munde abzurufen. Schon aus diesem Grunde ist es gerechtfertigt, den Verkehrsstreik der Eisenbahner vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus kritisch zu beleuchten, noch mehr aber, weil seine Inangriffnahme als ein Verstoß gegen die allgemeine Arbeitsgesetzgebung und als ein Verstoß gegen die allgemeine Arbeitsgesetzgebung zu betrachten ist. Und zwar ist es gerechtfertigt, den Verkehrsstreik der Eisenbahner vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus kritisch zu beleuchten, noch mehr aber, weil seine Inangriffnahme als ein Verstoß gegen die allgemeine Arbeitsgesetzgebung und als ein Verstoß gegen die allgemeine Arbeitsgesetzgebung zu betrachten ist.

Die wirtschaftliche Ursache der Streikbewegung der Eisenbahner ist für jeden Gewerkschaftler ohne weiteres begreiflich und verständlich. Die ungenügende Steigerung der Preise sämtlicher Bedarfsartikel lastet auf den mittleren und unteren Beamtenklassen genau so schwer wie auf der Arbeiterklasse. Die gleichgehenden Körperkassen haben verschiedenlich versucht, den Zeitnotwendigkeiten hinsichtlich der Lebensfrage Rechnung zu tragen. Die Besoldungsordnung ist mehrfach nachgeprüft und die Bezüge sind erhöht worden, zuletzt im Oktober 1921, abgesehen von der Neuordnung der Ortsklasseneinstellung, was für weitere Beamtenklassen ebenfalls eine Besserstellung bedeutete. Allerdings berücksichtigte die Besoldungsordnung vom Oktober 1921 die Wünsche der Beamten nur in unzureichendem Maße. Die Gehälter der unteren Klassen wurden nicht so erhöht wie gefordert, dagegen gingen die Erhöhungen der Gehälter der oberen Beamtenklassen weit über das hinaus, was für die unteren Klassen angemessen schien. So wurde z. B. das Grundgehalt der Klasse IV von 7500 Mk. auf 10000 Mk. jährlich erhöht, während das Grundgehalt der Klasse XIII von 22000 Mk. auf 30000 Mk. stieg. Für derartige Unterschiede in den Bezügen hatten die Beamten der unteren Klassen natürlich kein Verständnis. Die drohende Verlängerung der Dienstzeiten durch das geplante Arbeitsgesetz für den Eisenbahndienst und die im Wirtschaftsplane der Eisenbahn vorgesehene Verringerung des Beamtenpersonals steigerten überdies die Unzufriedenheit bei den Eisenbahnern noch bedeutend.

Anfang Dezember v. J. stellten dann die Spitzenverbände neue Forderungen, deren zahlenmäßige Höhe während der alsbald einsetzenden langwierigen und schwierigen Verhandlungen preisgegeben wurde. Zur Entscheidung über die endgültigen Forderungen waren Regierung und Reichstag zuständig. Ohne jedoch das Verhandlungsergebnis abzuwarten, beschloß die Reichsgewerkschaft, in ihrer gefühlsmäßigen Aufwallung noch bevor die einzelnen reaktionäre Vorstände wegen der Arbeitszeitregelung im Eisenbahnbetriebe, ein Vorgehen auf eigene Faust.

Seit längerem kämpften innerhalb der Reichsgewerkschaft eine gemäßigtere Richtung unter Führung der früheren Vorstandschef und eine radikalere Richtung unter Führung der neuen Leitung gegeneinander. Die radikale Strömung trug in dem Kampfe schließlich den Sieg davon. Ohne

die realen Erfolgsmöglichkeiten abzuwägen, ließen es die Männer der radikalen Richtung durch, daß am 24. Januar d. J. in der Sitzung des erweiterten Vorstandes der Reichsgewerkschaft ohne Abstimmung mit den anderen Beamtenorganisationen und Gewerkschaften der Regierung ein kurzfristiges Ultimatum gestellt wurde. Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, bei den Ministerien und dem Reichstag vorzulegen zu werden und auf die unverzügliche Erfüllung der ursprünglichen Forderungen des Deutschen Beamtenbundes vom 3. Dezember, unter nachdrücklicher Betonung der Notwendigkeit automatischer Anpassung aller Bezüge an die sinkende Kaufkraft des Geldes, hinzuwirken und spätestens nach Ablauf von fünf Tagen nach Überreichung bindende Erklärungen über deren Annahme oder Ablehnung zu verlangen. Zugleich wurde der Hauptvorstand beauftragt, für den Fall der Ablehnung unverzüglich den Streik zu erklären. Am 1. Februar wurde dann dessen Beginn mit 20 gegen 15 Stimmen beschlossen. Selbst in diesem hochkritischen Stadium der Bewegung veräumelten die Reichsgewerkschaftler die organisatorische Führung an die übrigen Eisenbahnerverbänden und den Gewerkschaften. Völlig losgelöst von den übrigen Organisationen, selbst ihrer eigenen Spitzenorganisation, dem Deutschen Beamtenbund, und ohne dem DGB, und dem IAB und eine Mitteilung zugeben zu lassen, trafen die gewerkschaftlichen Anführer der Reichsgewerkschaft in einem sehr weittragenden und folgenschweren Lohnkampf ein, unbekümmert darum, welche immensen Schädigungen der gesamten werktätigen Bevölkerung aus dem Verkehrsstreik erwachsen mußten.

Der ganze Plan war so untauglich wie nur möglich angelegt. Wenn die wirtschaftliche Not, unter der Angehörige aller Arbeiter gleich schwer leiden, durch die Aufstellung ultimativer Forderungen nach dem Vorbilde der Entente aus der Welt zu schaffen wäre, dann hätten sicherlich die gewerkschaftlich weit besser lumbierten Arbeiter diesen Weg schon längst beschritten. Sie hätten nicht gewartet, bis eine einzelne Klasse der Eisenbahner, die Lokomotivführer, auf jenen Ausweg verfiel. Die Arbeiter für die Notlage, unter der alle litten, sind eben nicht mit einem Schläge zu befehlen. Sie würden zu tief in der verkehrten Wirtschaftspolitik und in der von der Entente unter hartem Druck gehaltenen deutschen Finanz- und Auslandspolitik.

Wenn unter solchen Umständen einzelne Berufsgruppen streiken, die Hand an die Taschen der Städte legen zu können, so überleben sie dabei, daß sie mit der Aufstellung unerfüllbarer Bedingungen zugleich der übrigen Angestellten- und Arbeiterklasse an die Fesseln springen. Inwieweit läßt sich nachweisen, wie sehr gerade der Eisenbahnerstreik die ärmsten Bevölkerungsklassen geschädigt hat. Der Verkehrsstreik hat unbestreitbar eine erhebliche Steigerung sämtlicher Lebensmittelpreise stark begünstigt und dem Handelshandwerk enorme Mehrgewinne zugebracht. Damit wurden auch die erhöhten Bezüge der Eisenbahner, die sie bei noch eintragsbedürftigen ohne Streik erreicht hätten, wieder weggemacht. Außerdem blieb der Eisenbahnerstreik insofern nicht ohne politische Bedeutung, als mit der Vornahme des Verkehrs die Geschäfte derer befragt wurden, die mit allen Mitteln den Sturz der Regierung zu betreiben. Dem ehemaligen Kapp-Regenten, diesen Reaktionären Kämpfern, kam der Eisenbahnerstreik höchst gelegen, und wahrscheinlich haben sie die Hände im Rücken gehabt. Wenn jene Kreise vom vorn herein mit dem selbstverständlichen Solidaritätsbewußtsein eines großen Teiles der Arbeiterklasse gegenüber den Streikenden rechneten, so haben sie sich darin selber ebensowenig getraut wie in der Annahme, daß ihnen die Kommunisten willkommenes Zutreiberdienste leisten würden. Den Kommunisten müssen bekanntlich alle Dinge zum besten dienen, und so befragten sie auch hier die Geschäfte der geschworenen Feinde der Arbeiterklasse.

Daß die gewerkschaftlichen Angehörigen der Lokomotivführer nicht reflexlos zur Auswirkung kamen, ist nicht etwa der Regierung zuzuschreiben. Im Gegenteil. Seltener bereits das überhebende Verhalten gewisser Stellen im Verkehrs- und im Finanzministerium gegenüber den allgemeinen Forderungen der Eisenbahner und deren hilflose Behandlung aufreuzelnd gewirkt, so in noch weit höherem Maße ein total verfehlter Erlass des Reichspräsidenten beim Streikausbruch. Dieser Erlass ging davon aus, daß den Eisenbahnbeamten ebenso wie allen übrigen Beamten nach geltendem Rechte die Einstellung oder Verweigerung der ihnen obliegenden Arbeit verboten sei. Solchen Personen, die einen Beamten der Reichseisenbahn zur Einstellung oder Verweigerung der Arbeit aufforderten oder anreizten, wurde Gefängnis- und Geldstrafe bis zu 50000 Mk. angedroht. Die gleiche Strafe wurde auch denen angedroht, die Sabotageakte vornehmen würden. Zugleich wurde der Reichsverkehrsminister beauftragt, erforderliche Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Diese Ausnahmeverordnung wirkte natürlich das Gegenteil des damit verfolgten Zweckes, und die Situation wurde dadurch ungemein erschwert. In den Vorstand des DGB, kamen Aufforderungen aus verschiedenen Teilen des Reiches, zur Bekämpfung der Verordnung des Reichspräsidenten den Generalfreist zu proklamieren. Es ent-

stand die gleiche Situation wie im Jahre 1910, wo auch ein Eisenbahnerstreik auszubrechen drohte. Damals ließ der von allen guten Geistern verlassene Reichsverkehrsminister einen ähnlichen Erlass vom Kaiser, der von den Gewerkschaften ebenfalls als scharfe Bekämpfung wurde. Die daraus im Nürnberg-Gewerkschaftskongress einmütig gefasste Resolution, die auch zum Eisenbahnerstreik selbst und zum vielmehrstenen Koalitionsrecht der Beamten klipp und klar Stellung nahm, lautete:

Der Reichsverkehrsminister hat am 26. Juni angeht die drohenden Eisenbahnerstreiks eine Verordnung erlassen, die einem Teile der Eisenbahner bis auf weiteres das Streikrecht entzieht.

Der dritte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erachtet an, daß ein Streik der deutschen Eisenbahner grundsätzlich unzulässig und die Arbeit der Eisenbahner durch Herbeiführung der allgemeinen Zerrüttung gefährden würde. Der Kongress lehnt ab, wie die unabhängigen gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner jede Gemeinlichkeit mit den bereits ausgebrochenen, von unverantwortlichen Kreisen herangezogenen wilden Streiks ab. Gleichwohl erhebt der Reichsgewerkschaftskongress die Forderung, daß die Eisenbahner die allgemeine Arbeitsgesetzgebung als Grundlage der Verhandlung anerkennen. Die vorliegende Verordnung ist zudem ungesetzlich, weil Streiks nicht durch Verordnungen, sondern nur im Wege der Verhandlung mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer zu werden sind.

Die Eisenbahner und auch die gesamte Arbeiterklasse richtet der Gewerkschaftskongress den dringenden Appell, ihre Interessen nur im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und in Anbetracht der trostlosen Lage Deutschlands und seiner Arbeiterklasse wilde Streiks zu unterlassen.

Nach dieser bestimmten Willensäußerung des letzten Gewerkschaftskongresses war vorgezeichnet. Es kam zu Verhandlungen mit den Spitzenverbänden sämtlicher Gewerkschaftsrichtungen, die dazu führten, daß ein Antrag an die Beamten, Arbeiter und Angestellten erging, in dem es u. a. hieß:

Unter völliger Nichtachtung der anerkannten gewerkschaftlichen Grundzüge, hat die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnerbeamten und -arbeiter anlässlich einer noch im Gange befindlichen Lohnverhandlung durch Aufforderung zum Streik den Eisenbahnerverband — auch den für die Erneuerung des Bestandes nötigen — abgemagt. Obwohl gerade die wirtschaftliche Lage wegen ihrer Folgen an sich schon zu leiden hat und die Besoldungsordnung der Beamten und Arbeiter der Eisenbahnen in Staatbetrieben im engen Zusammenhange steht, hat es die Reichsgewerkschaft absichtlich unternommen, dem Wünsche der übrigen betroffenen Gewerkschaften nach einem gemeinsamen Vorgehen nachzugeben. Die Reichsgewerkschaft hat sich nicht nur die Unterstützung der Eisenbahner, sondern auch die Unterstützung der übrigen Gewerkschaften durch die Besoldungsfrage zu verschaffen. Die Reichsgewerkschaft hat sich nicht nur die Unterstützung der Eisenbahner, sondern auch die Unterstützung der übrigen Gewerkschaften durch die Besoldungsfrage zu verschaffen. Die Reichsgewerkschaft hat sich nicht nur die Unterstützung der Eisenbahner, sondern auch die Unterstützung der übrigen Gewerkschaften durch die Besoldungsfrage zu verschaffen.

Die Reichsgewerkschaft gegenüber den von ihnen vertretenen Beamten, Arbeitern und Angestellten wie gegenüber dem gesamten Volk liegt deshalb den untergeordneten Spitzenorganisationen oder Gewerkschaftsrichtungen die gesetzliche Pflicht auf, alle im Streik befindlichen Eisenbahner aufzufordern, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Von der Reichsgewerkschaft wird erwartet, daß sie sich ebenso ihrer schweren Verantwortung bewußt wird und den Streik unverzüglich beendet. Die für diesen bestimmten Erlass der Reichsbeamten, erlassene Verordnung des Reichspräsidenten wird mit der Beendigung des Streiks gegenstandslos.

Die diese prinzipiellen Ausführungen schloßen sich Mitteilungen über die von der Reichsregierung gemachten Zusagen bezüglich der beschleunigten Gewährung von Wirtschaftsbeteiligungen, Abfertigungszuschüssen und über die weitere grundsätzliche Behandlung der Besoldungsfragen und sonstiger Wünsche der Beamten. Alle Wünsche und Behauptungen über eine beabsichtigte Befreiung der verfassungsmäßigen Koalitionsfreiheit seien von der Reichsregierung als durchaus unbegründet erklärt worden. Der Antrag schloß mit einem Appell an die organisierte Arbeiterklasse, sich ausschließlich an die Wollungen ihrer Spitzenorganisationen zu halten.

Was zur Abwendung der schlimmsten wirtschaftlichen Schäden von der werktätigen Bevölkerung zunächst notwendig war, das geschah seitens der gewerkschaftlichen Spitzenverbände rath und mit der erforderlichen Energie. Auf Verständnis bei der breiten Masse hatten sie dafür freilich nicht zu rechnen, dazu wirkte die allgemeine Verbilligung auf eine ruhige, objektive Beurteilung zu verbereitend ein. Mit Entschiedenheit wurde zunächst die sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten gefordert, die dessen Verständnis für Arbeiterfragen in ein eigenartiges Licht rückt, ebenso dasjenige des mitverantwortlichen Reichsverkehrsministers, der ein Jahrzehnt zweier Vorstände der Generalkommission war. Der Erlass des Reichspräsidenten war ein regelrecht Mißgriff! Die Zeiten, wo Lohnbesetzungen durch Polizeigewalt unterdrückt werden konnten, sind glücklicherweise vorüber. Die einschneidende Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeiterrechts getroffen werden, müssen die Gewerkschaften unbedingt gebührend von einer Regierung, in der der sozialdemokratische Minister sitzen. Von den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden wurde gegenüber dem wilden Streik der Lokomotivführer mit Recht der Standpunkt vertreten, daß eine einzelne Beamtengruppe überhaupt nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen darf, den für

das Gesamtwohl und für die Erhaltung der gesamten Arbeiterklasse so notwendigen Eisenbahnbetrieb durch Arbeits einstellen stillzusetzen, sondern daß zu einem solchen Beschluß unter allen Umständen die Zustimmung der Gesamtervertretung der Gewerkschaften erforderlich ist. Fast ununterbrochen fanden nun in der letzten Zeit zwischen der Reichsregierung und den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden Verhandlungen statt. Der Streik hatte inzwischen dadurch eine Verschärfung erfahren, daß gegen den Willen der Organisationsleitung die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der sich neutral erklärt hatte, in verschiedenen Orten der Bewegung beitraten. Noch am 6. Februar versuchten die freien Gewerkschaften in mühevollen, aber ausschlagreichen Verhandlungen mit der Regierung die Interessen der Eisenbahner zu schützen auf der Grundlage folgender Forderungen: 1. Erhöhung der Grundgehälter; 2. Revision des Referentenentwurfs über die Arbeitszeit im Verkehrs- und Bergbau; 3. Sicherung der im Streik befindlichen Eisenbahner gegen Mahrgelungen. Alle Auslichtungsmöglichkeiten wurden jedoch von der Reichsgewerkschaft durchkreuzt durch eigene direkte Verhandlungen ihrer beiden Vorstände mit dem Reichskanzler, wobei die Forderungen der freien Gewerkschaften offen preisgegeben wurden! Am 7. Februar kam dann unter Ausschaltung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände folgende Erklärung zwischen Regierung und Reichsgewerkschaften zustande:

Die Reichsgewerkschaft gibt die Versicherung ab, daß sie noch heute abend den Streik der Reichsgewerkschaft für beendet erklärt wird, nachdem der Reichskanzler seinerseits im Namen der Reichsregierung ausgeführt hat, daß bei sofortigem Abbruch des Streiks die Disziplinierung nach dem vom Gesamtkabinett aufgestellten Richtlinien erfolgen wird. Die Reichsregierung wird bei sofortigem Abbruch des Streiks in der Anwendung und Durchführung der Disziplinarverfahren von Massendisziplinarverfahren und Massenentlassungen absehen. Den in Frage stehenden Beamten wird ihr Beschwerderecht selbstverständlich vollständig gewährt werden.

Damit galt der Streik als erfolglos abgebrochen. Der Ausgang entsprach durchaus der gewerkschaftlichen Kurzsichtigkeit, mit der die Bewegung eingeleitet und geführt wurde. Die Einigungsformel, die bei der Nichtauslösung der „verderblichen“ Spitzengewerkschaften sicherlich ein andres, das heißt günstigeres Aussehen erhalten hätte, gleich einer Verhöhnung der Streikenden. Es ist der Reichsregierung darin die Zulage „abergerungen“, daß Massendisziplinarverfahren und Massenentlassungen nicht erfolgen sollen. Dagegen wurde der Regierung ausdrücklich zugestanden, daß Disziplinierungen „nach dem vom Gesamtkabinett aufgestellten Richtlinien“ erfolgen dürfen. Das heißt dem von der Reichsgewerkschaft an den Tag gelegten Missverständnis in Gewerkschaftsfragen die Krone auf. ~~Wann die Regierung die Eisenbahner in einer geradezu unmissigen Nachepoke, verhängende Eisenbahndirektionen zu erwerben haben, so danken sie das mit dem solchen Kompromiß, dem die „revolutionären“ Führer der Reichsgewerkschaft in direkten Verhandlungen mit dem Reichskanzler beim Streikabbruch zugestimmt haben.~~

Das „Berliner Tageblatt“ brachte dieser Tage eine offenbar aus dem Reichsverkehrsministerium stammende, geradezu schief anmutende Mitteilung über die Zahl der bisher vorgenommenen Entlassungen und Disziplinierungen von Eisenbahnern. Danach sollen gegen unkuhbare Beamte ungefähr 500—600 Disziplinarverfahren eingeleitet worden sein. Es würde mit 200 tatsächlichen Zeitralungen gerechnet. Von den hundert Beamten seien etwa 10000 bis 15000 entlassen worden. Durch eine Verfügung des Reichsverkehrsministeriums sollen diese Entlassungen rückgängig gemacht worden sein, bis auf die Streikurheber und Saboteure. Wie groß die Zahl ist, wird nicht mitgeteilt. Die Eisenbahnverwaltung läuft durch ihr unflüchtiges, rachedürstiges Verhalten immer mehr Zündstoff an, und wenn der Ausgang der Bewegung nicht gar zu niederschmetternd gewesen wäre, würde längst eine kräftige Abwehraktion unter den Eisenbahnern eingeleitet haben. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, scheinen der Reichsgewerkschaft die Fingel aber ziemlich beschnitten zu sein. Das beweist folgender lendenlabiner-Beschluß, den die Leitung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und -arbeiter in ihrer letzten Sitzung gefaßt hat, in der sie sich mit der jüngsten Erklärung des Reichsverkehrsministeriums Öroner gegen einen neuen Streik beschäftigte: „Für die Reichsgewerkschaft bleiben die für den Streikabbruch mitbestimmend gewordenen Erklärungen des Herrn Reichskanzlers hinsichtlich der Mahrgelungen auch heute noch allein ausschlaggebend. Nur die Zurücknahme dieser Erklärung durch den Kanzler selbst könnte die Frage einer Wiederaufnahme des Streiks in den Bereich der Erörterungen rücken. Da eine solche Zurücknahme weder erfolgt noch zu beabsichtigt ist, so lag keine Veranlassung für die Herausgabe neuer Warnungen und Mahrgelungsandrohungen von Seiten des Reichsverkehrsministeriums vor. Es liegt der Reichsgewerkschaft gänzlich fern, sich durch den Erlass des Verkehrsministeriums etwa zur Betätigung eines irrtümlicherweises bei ihr vermuteten gewerkschaftlichen Militarismus verleiten zu lassen.“

Aus der Sanftläre ist eine elende Schamade geworden. Daran ändert auch die gewalttätige Konstruktion eines „moralischen Erfolgs“ durch die kommunikativen Wochenblätter „Internationale“ nichts, die eine Betrachtung des Eisenbahnerstreiks wie folgt abschließt:

Die Tatsache kann nicht genug betont werden, daß die Beamten durch ihren kühnen Kampf einen Ausdruck von der Arbeiterklasse weggenommen haben. Sie haben es zum ersten Male gewagt, nicht nur den

Drohungen der Ober- und Richter zu trotzen, sondern auch den Verrat der Gewerkschaftsführer mit der richtigen Antwort zu quittieren, mit der Verschärfung des Kampfes. Damit ist der Bann gebrochen. Der trügerische Schein von der Macht des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Leipziger, Robert Schmidt und Genossen ist zerfallen, die streikenden Eisenbahner haben diesen moralischen Erfolg der gesamten Arbeiterklasse geschenkt. Ihn gründlich auszuwerten, das wird die Aufgabe, die zu erfüllen ist bis zum nächsten großen Kampfe.

So kann nur jemand schreiben, der die Arbeiterklasse in eine Falle locken will zur höheren Genugtuung des Grobkapitals, das aus der heillosen parteipolitischen Zersplitterung der Arbeiterklasse ohnehin schon den größten Nutzen zieht.

Jeder nachdenkende Gewerkschaftler aber wird einsehen, daß der gesamten Eisenbahnerbewegung durch den Ausgang des von der Reichsgewerkschaft ziel- und planlos geführten Streiks ein schwerer Stoß verleiht worden ist. Es fehlt uns an Raum, um auf alle dafür sprechende Anzeichen einzugehen. Am bemerkenswertesten bleibt jedenfalls eine bei den Eisenbahner eingeleitete umfassende Hilfsaktion für die Gelben unter Führung eines Mitgliedes der Sinnes-Partei, die selbst in Großstädten unselegbare Erfolge erzielt hat. Wenn die gekletterte Bewegung wirklich einen moralischen Erfolg zeitigen soll, so kann es nur die Erkenntnis sein, daß in Zukunft die Gesamtbewegung mit der gewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung in allen wichtigen Fragen Hand in Hand geht. Nicht um die Wahrung von Kassengehalt und Ständeprivilegien geht es in der Gewerkschaftsbewegung, sondern um die Sicherung und Verbesserung der Arbeits- und Existenzbedingungen aller angehörenden Berufsgruppen, um die Eroberung und Umgestaltung der wirtschaftlichen Einrichtungen der Menschheit. Eine Sicherung des Beamtenrechts ist nur im Rahmen des allgemeinen Arbeiterrechts denkbar. Ebenso wie den Arbeitern und Angestellten ist auch den Beamten die uneingeschränkte Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Existenzbedingungen, also die Koalitionsfreiheit, verfassungsmäßig garantiert. Daran darf weder vom Reichspräsidenten noch von einem unabhängigen Minister gerüttelt werden. Für die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse ist die Frage, ob Beamte das Streikrecht haben, durch den bereits angeführten Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses klar und deutlich entschieden. Solange die privatkapitalistische Wirtschaftsweise besteht, muß für alle Lohn- und Gehaltsempfänger auch die Koalitionsfreiheit unbedingt gesichert bleiben. Der Wechselbegriff dafür, das Gegengewicht, liegt darin, daß der Streik in Wirklichkeit nur das letzte Mittel bleibt, und daß er erst dann zur Anwendung gelangt, wenn alle Versuche, auf anderem Wege, zum Ziele zu gelangen, gescheitert sind. Die Wichtigkeit dieses elementaren gewerkschaftlichen Grundgesetzes war der letzte Eisenbahnerstreik zurückzuführen. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände setzen ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, wenn sie dem allen gewerkschaftlichen Verantwortungsgefühle zuwiderlaufenden verhängnisvollen Beginnen der sogenannten Reichsgewerkschaft jegliche Unterstützung verweigern. Nicht gefühlsmäßige Politik darf entscheidend sein in der Gewerkschaftsbewegung, sondern der nüchtern prüfende Verstand erfahrener Ratgeber, die zu erwägen haben, ob und wie das gesteckte Ziel mit dem geringsten Kraftaufwande zu erreichen ist. Das gilt ganz besonders für Bewegungen einzelner Arbeitergruppen, deren Ausschaltung aus dem Produktionsprozeß das Wirtschaftslieben in stärkerem Grade benachteiligt oder gänzlich zum Erliegen bringt. Gewalttätige Maßnahmen solcher Berufsgruppen verletzen erfahrungsgemäß die Masse der übrigen Arbeiter an ihrem Lebensnerv. So war es beim Eisenbahnerstreik und auch bei dem um die gleiche Zeit ausgebrochenen Berliner Gemeindefabrikantenstreik, der gleichfalls von den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden als allgemeinschädlich bekämpft wurde. Unter den üblen Nachwirkungen dieses dem Machtdünkel einer einzelnen Berufsgruppe entsprungene Streiks hat die gesamte Bevölkerung der Reichshauptstadt geradezu Speibruiten laufen müssen.

Die aufgeregte Zeit, in der wir leben, bringt es leider mit sich, daß die Gefahren einer solchen Entwicklung, wie sie bei den Eisenbahnern und den Berliner Gemeindefabrikanten zu beobachten war, in Arbeiterkreisen noch nicht allseitig erkannt werden. Aber das Verständnis dafür, daß die Lohnbewegungen einzelner, für den Produktionsprozeß besonders wichtiger Gruppen so geführt werden, daß nicht in leichtfertiger Weise die Gesamtwirtschaft eine Störung erfährt, ist doch unübersehbar im Wachsen. Sache der gewerkschaftlichen Schulung muß es sein, hier nachdenklich zu wirken. Es ist ein ungewerkschaftliches Verlangen, jeden Streik nach seinem einmal erfolglosen Ausbruch finanziell oder moralisch zu unterstützen. Das wäre eine über angebrachte Solidarität, die selbst dann noch grunderheblich bleibt, wenn sie von ganzen Ortsgruppen und Gewerkschaftskartellen geübt wird. So verurteilenswert es ist, wenn ein einzelner in zu großem Eigennutz so viel als nur irgend möglich zu erlangen sucht, ebenso verurteilenswert ist es, wenn einzelne Berufsgruppen ohne Rücksicht auf die Gesamtheit Forderungen gewalttätig durchzudrücken suchen, die das allgemeine Gland noch verschlimmern. Weißlichender Sozialismus und kurzfristiger Egoismus sind karosse Gegenfätze. Nur dann, wenn jede einzelne Berufsgruppe sich solidarisch dem Ganzen einleiert und so ihren Vorteil findet, wird die Lehre von Karl Marx zur Wirklichkeit werden: Der Arbeiter muß mit seiner Klasse stehen.

Buchdruckerstreik in Bromberg. Die Bromberger Buchdrucker verlangten infolge der enorm veräuerten Lebenshaltung eine Lohnerhöhung von wenigstens 25 Proz. Die Buchdruckerelbisher glauben aber nicht so viel bewilligen zu können, so daß es zur Arbeitsüberlegung kam. Es kommen sowohl die deutschen als auch die polnischen Zeitungen und Buchdruckereien in Betracht.

Ein neues Reichsvereinsgesetz. Die Anpassung des Vereins- und Verfallensrechts an die Bestimmungen der republikanischen Verfassung ist bisher von den einzelnen Landesverwaltungen recht verschiedenartig und willkürlich vorgenommen worden. Es ist deshalb zu begrüßen, daß in diesen Tagen das Kabinett den Entwurf eines neuen Reichsvereinsgesetzes durchberät, um dieser absahd den gesetzgebenden Körperschaften abgeben zu lassen. Viel wird von den alten Bestimmungen nicht übrig bleiben.

Ausschaltung der Gewerkschaften bei den Sachleistungen? Um die Rechte der Arbeitnehmer in bezug auf tarifliche Lohn- und Gehaltsregelung und Arbeitsbedingungen wahren zu können, wurden den Spitzenverbänden der deutschen Gewerkschaften in den laut Wiesbadener Abkommen zu bildenden deutschen Viesererbänden Sitz und Stimme zuerkannt. Die Gewerkschaften verlangen aber auch kontrollierendes Halber in den einzelnen Leistungsverbänden für die Sachleistungen, zu denen Deutschland auf Reparationskonto verpflichtet ist, in weitestem Maße beteiligt zu sein. Die darüber gepflogenen Verhandlungen erschweren aber die deutschen Grobindustriellen, die sehr entschieden eine Nachprüfung ihrer Selbstkosten bei Lieferungen jeglicher Art verweigern und gleiche Preise wie im Inlande verlangen. Durch einen Eingriff der Entente werden die Verhandlungen noch gestört. Die Reparationskommission unter Führung des Belgiers Bemelmann verlangt jetzt von der Regierung, daß die Sachleistungen bei Bestellungen bis zu 100000 Fr. unter Umgehung eines Kontrollapparats im „freien Verkehr“ vergeben werden sollen. Da sich die Bestellungen beliebig teilen lassen, wird das wohl in jedem Falle sein. Dadurch würde die Mitarbeit der Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterklasse sowie des gesamten deutschen Volkes wegen Überbeurteilung unter den Tisch fallen. Das Kapital ist sich übero wie drüben einzig über Ausbeutung der Völker, natürlich auch ohne Arbeiterstreik. Der „freie Verkehr“ würde weiter Schieberlum und Reparationsgemeinnier der bösesten Art geradezu züchten. Die Bestattung der deutschen Volkswirtschaft wäre ungebauer. Die Gewerkschaften haben bei der Regierung ernste Verwahrung eingelegt. Die deutschen Gewerkschaften vertreten mit aller Entschiedenheit die Durchföhrung einer Organisationspolitik, die die Sachleistungen erträglich macht und den deutschen Arbeitnehmer eine Mitbestimmung und Mitkontrolle sichert. Ausnahmen sollen nur bei besonders technischen Einrichtungen statfbar sein.

Die wahnsinnige Verteuerung der Lebenshaltung. Wie sehr mit Lebensmitteln und notwendigen Verbrauchsgegenständen des täglichen Bedarfs gewuchert wird, das überfliegt wohl alle bisher dagewesenen Möglichkeiten. Die Preise steigen außerdem im wahren Sinne des Wortes. Manche Verkäufer sind so unerkennbar, daß sie die Waren, ohne sie aus dem Schaufenster zu nehmen, innerhalb vierzehn Tagen drei- bis viermal steigern, so daß der Preis nicht selten viermal so hoch getrieben wird. Wenn man nicht genügend Varmittel bei sich hat, um eine dringend benötigte Ware zu erwerben, so muß man damit rechnen, daß man noch am gleichen Tage oder anderntags für dieselbe Ware 50 oder gar 100 Proz. Aufschlag zahlen muß mit der Begründung, daß die nächste Sendung bedeutsam teurer ist. Der unersädlame Wucher, der mit Kartoffeln getrieben wird, schreit zum Himmel. Zur Erntezeit wurde erklärt, daß 45—50 Mk. pro Zentner ein angemessener Erzeugerpreis sei. Heute müssen viele arme Leute und Grobstadtbewohner, die sich infolge Zurückhaltung und Einmietung der Kartoffeln nicht eindecken konnten und jetzt pfundweise kaufen müssen, 2,250, auch 3 Mk. bezahlen. In Berlin mußte sogar nach jüngster Feststellung vereinzelt 5 und 7,50 Mk. bezahlt werden. Man ist mit der Begründung solcher Preise natürlich nicht schickern. Wer kann aber in Wirklichkeit solche Steigerungen mit Erhöhung der Geseßungskosten oder der allgemeinen Geldentwertung begründen? Es ist rüchlichstose Ausbeutung der Ernährungsnot, ermöglicht durch die völlige Beseitigung der öffentlichen Bemittlung mit Hilfe der bürgerlichen Parteien! Wer die Kartoffeln in der Miese hat, bestimmt den Preis, bestimmt auch, ob die städtischen minderbemittelten Verbraucher ganz verhungern oder sich wenigstens noch durchschleppen können. So wirkt das freie Spiel der Kräfte in einer Notzeit. Die Erwartungen, daß durch die planmäßige Zurückhaltung und Einmietung der Kartoffeln diese im Winter knapp und teuer würden, sind weit überfrotten worden. Der „Vorwärts“ berichtet über einen Fall von den vielen, in denen die eingemieteten Kartoffeln als „Saatkartoffeln“ erklärt wurden. Ein Grobgrundbesitzer Neubaus in Selchow (Südlich von Berlin), der sich für sorgfältig über 10000 Ztr. einmietete, entkand jetzt, daß er Kartoffeln abgeben kann. Er verkauft an den Grobhandel mit 150 Mk. und die Verbraucher in Berlin zahlen 300—400 Mk. Das sind Führer des Landbundes, die vom Pflichtbewußtsein der Landwirte reden und sich aufregen, wenn der Arbeiter jetzt das Jehnische vom Friedenslobn erbält. Auch die andern Landesprodukte, wie Getreide und Gemüse, steigen fürchterlich im Preise. Wo ist die Behörde, die gegen diesen Wucher im großen einschreitet?